

Starke Landkreise – Zukunftskraft für Bayern

Ministerpräsident Horst Seehofer, Bayerische Staatskanzlei

Manuskriptfassung

I. STARKE LANDKREISE – ZUKUNFTSKRAFT FÜR BAYERN

- Anrede -

früher hatte Bayern einen König. Den haben wir nicht mehr. Heute haben wir die Landräte – drüber kein Minister, sondern nur der weiß-blaue Himmel.

Sehr geehrte Damen und Herren Landräte, bei uns in Bayern gilt: Der Landkreistag ist für die Staatsregierung ein Partner auf Augenhöhe. Jeder von Ihnen kämpft wie ein Löwe für die Menschen in seinem Heimatlandkreis. Und Sie vertreten Ihre gemeinsamen Interessen, ohne Blick fürs Parteibuch, sondern als weiß-blaue Patrioten – das imponiert mir sehr. Sie sind die starke Stimme der Landkreise: engagiert, kompetent, verlässlich – und, wenn es sein muss, auch unbequem. Ich verfüge hier über Erfahrungswerte!

Sehr geehrte Damen und Herren Landräte, ich schätze den Austausch mit Ihnen allen sehr. Ich arbeite gerne mit Profis. Politik vom Rathaus bis zum Landtag, Bundestag und Europaparlament – das ist Zukunftskraft für die Menschen in Bayern. Ich weiß sehr gut, was Sie jeden Tag für unser Land und seine Menschen leisten. Der Bayerische Landkreistag vereint Leidenschaft in der Sache und fairen Dialog mit dem Freistaat. Dafür sage ich herzlichen Dank!

II. UNSER ERFOLGSMODELL – SUBSIDIARITÄT UND DEZENTRALISIERUNG

Der ehemalige Schongauer Landrat Franz Josef Strauß hat schon vor 35 Jahren in seiner Regierungserklärung deutlich gemacht: „Demokratische Ordnung und bürgernahe Politik erlauben es nicht, dass die Obrigkeit dem [...] Bürger vorschreibt, was für ihn gut sei.“ Das spricht mir aus dem Herzen. Ich war zu dieser Zeit Geschäftsführer des Planungsverbandes der Planungsregion Ingolstadt. Die Worte von Franz Josef Strauß haben mich sehr beeindruckt. Sie haben meine eigenen politischen Erfahrungen auf den Punkt gebracht. Seit damals lautet mein Credo: Bayern funktioniert am besten, wenn wir das Prinzip der Subsidiarität zum Maßstab unseres Handelns machen. Das heißt: Zutrauen statt misstrauen! Beteiligen statt bevormunden! Bayerns Stärke sind seine Menschen. Sie haben Ideen, Mut zu Neuem und Verantwortungsbewusstsein – das zeichnet gerade auch die Landräte, Bürgermeister und Kommunalpolitiker überall in Bayern aus. Sie sind nahe an der Praxis und nahe an der Lebenswirklichkeit. Niemand weiß so gut wie Sie: Ohne kraftvolle Landkreise fehlt jedem Staat die Basis.

Wir in Bayern machen keine Politik zu Lasten der Kommunen. Wir gestalten Politik für das starke Bayern. Deshalb wollen wir unsere Kommunen weiter stärken.

1. Dezentralisierung

Ich will die Heimat als Gegenpol zur Globalisierung stärken.

Die Kommune ist die Heimat der Menschen, dort ist die Quelle für das kulturelle und soziale Leben. Die Menschen vor Ort bringen gemeinsam viele Initiativen auf den

Weg. Ich kenne Gemeinden, die sich längst völlig autark organisiert haben, von der Energie bis zum Dorfladen.

Diesen Bürgersinn will ich weiter stärken. Nur so können wir auch in Zukunft gleichwertige Lebensbedingungen in allen Teilen unseres Landes gewährleisten. Wir in Bayern setzen auf die Kompetenz vor Ort, in den Landkreisen und Gemeinden. Ich will in Zukunft so viel kommunale Selbstverwaltung wie möglich und so wenig staatliche Reglementierung wie nötig.

Unter einem Ministerpräsidenten Seehofer wird es in der nächsten Staatsregierung einen Minister oder eine Ministerin für die Themen Heimat und kommunale Selbstverwaltung geben. Das bedeutet aber nicht mehr Bürokratie. Es wird kein neues Ministerium geben. Ein Mitglied des bayerischen Kabinetts soll sich schwerpunktmäßig um diese Aufgabe kümmern.

Energiepolitik, Infrastruktur und Digitalisierung, diese Querschnitt-Themen gehören in eine Hand. Und ich will, dass sich der neue Heimatminister für eine stabile Einnahmehasis der Kommunen einsetzt. Das ist eine große Aufgabe und bedeutet auch eine Weiterentwicklung des kommunalen Finanzausgleichs.

Sehr geehrte Damen und Herren Landräte, ich will Bayern noch dezentraler organisieren. Ich möchte Ihnen und den Kommunen möglichst viel Eigenverantwortung geben.

Es geht darum, die Risiken der demografischen Entwicklung nicht nur abzuwarten und zu erleiden. Wir wollen die Chancen ergreifen. Und wir werden die öffentliche Hand zu einem modernen Dienstleister für die Bürger machen.

Dabei will ich auch über den Wegfall von Aufgaben diskutieren. Wir müssen uns fragen, ob wir bestimmte Aufgaben heute überhaupt noch brauchen oder ob so detaillierte Gesetze noch nötig sind.

Wir müssen mehr auf den gesunden Menschenverstand setzen.

Ich weiß: Klare und präzise Vorschriften sind ein Gebot des Rechtsstaats. Aber Regeln und Gesetze dürfen uns nicht die Luft abschnüren. Ich will, dass wir in den nächsten fünf Jahren nicht noch mehr Verwaltungsvorschriften bekommen. Meine klare Vorgabe lautet: Eine neue Verwaltungsvorschrift gibt es nur, wenn dafür eine alte gelöscht wird.

Dabei soll außerdem gelten: Der Personalstand in Bayern soll nicht weiter steigen. Wenn jemand eine zusätzliche Stelle beantragt, muss er anderswo eine einsparen. Das ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit. Wir müssen aufhören mit der Staatsexpansion.

Wir brauchen Konzentration statt Expansion der Staatsaufgaben.

Entbürokratisierung heißt für mich: Wir müssen das Paragrafen-Dickicht lichten. Aber natürlich müssen wir auch über eine Neuverteilung der Aufgaben zwischen Gemeinden und Landkreisen, Bezirksregierungen und Freistaat nachdenken.

Ich will die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden stärken. Es geht mir vor allem um eine flächendeckende Daseinsvorsorge – vom Trinkwasser bis zur Grundschule. Hier will ich eine stärkere überörtliche kommunale Zusammenarbeit. Die ist nötiger denn je.

Ich sage ganz deutlich: Ich will keine neue Gemeindegebietsreform. Aber: Es können durchaus zwei Gemeinden eine zentralörtliche Funktion gemeinsam erfüllen, jede einen Teil. Es muss nicht in jeder Gemeinde alles vorhanden sein. Aber wenn die Entfernungen zumutbar sind, dann können sich zwei Gemeinden zusammenschließen und sich eine solche Funktion teilen – Krankenhäuser, Kindertagesstätten, Schulen.

Mehr vor Ort entscheiden und Entscheidungswege verkürzen, Bürokratie abbauen und Synergien schaffen – das ist mein kommunalpolitisches Kursbuch für die nächste Legislaturperiode.

2. Energiewende

Wir in Bayern wollen bis zum Jahr 2020 die Hälfte unseres Strombedarfs mit erneuerbaren Energien decken. Ein Drittel ist erreicht – ein riesiger Erfolg!

Wir haben ein gemeinsames Ziel: Die Chancen des neuen Energiezeitalters offensiv nutzen – für eine zukunftsfähige Energieversorgung, sicher, bezahlbar und umweltfreundlich.

Vor Ort spielt die Musik: Für den Energieumbau brauchen wir auch die Gemeinde- und Stadtwerke. Dezentrale Modelle und bürgerschaftliches Engagement – da geschieht unendlich viel in Bayern.

Das sind neue und sichere Arbeitsplätze für die Menschen vor Ort. Das ist Wertschöpfung in der Region, anstatt Geld auszugeben für Energie aus dem Ausland. Ich erlebe es bei meinen Landkreisbesuchen: Die Städte und Gemeinden sind die Vorreiter beim Aufbruch in das neue Energiezeitalter.

Bayern ist das Land der Bürgerenergie. Bürgerenergie, das heißt: dezentrale Energieversorgung, innovative Ansätze vor Ort und die Wertschöpfungskette bei uns in Bayern!

Meine Vision: Eines Tages sind wir in der Lage, unsere Häuser autark mit erneuerbarer Energie zu versorgen. Hier wollen wir Vorreiter sein!

Ich will in Bayern ein 10 000-Häuser-Programm für energieautarke Wohnhäuser und für Energiespeicher in den Häusern anstoßen. Das Förderprogramm wird kraftvoll sein und dürfte sich über die ganze Legislaturperiode auf 100 Millionen Euro summieren. Und das werden wir ganz ohne Neuverschuldung stemmen!

Sehr geehrte Damen und Herren Landräte,
ich appelliere an Sie: Bringen Sie die Investitionen und Innovationen vor Ort weiter voran! Der Umbau der Energieversorgung ist ein gewaltiges Konjunkturprogramm für den ländlichen Raum, mit Investitionen in Milliardenhöhe.
Nutzen wir gemeinsam die Chancen, die im neuen Energiezeitalter für unser Land stecken!

3. Digitaler Aufbruch

Wir wollen auch morgen ein idealer Standort für Investitionen und innovative Unternehmen sein. Deshalb legt die Bayerische Staatsregierung einen Schwerpunkt auf den Netzausbau in ganz Bayern.

Unsere Agenda lautet: Bayern – Land Nr. 1 beim Digitalen Aufbruch!

Wir wollen alle wichtigen digitalen Zukunftsfelder voranbringen – Lernen, Arbeiten, Mobilität, Gesundheit, Wohnen, Verwaltung und sicheres Datenmanagement. Von 2012 bis 2014 stehen für „BAYERN DIGITAL“ 2 Milliarden Euro zur Verfügung.

Bayern soll zur führenden Zukunftsregion im digitalen Zeitalter werden!

Für uns Bayern ist klar, wohin wir beim Digitalen Aufbruch wollen – an die Spitze in der Welt.

Das Internetzeitalter ist eine Riesenchance für unsere Landkreise: Niedrige Lebenshaltungskosten plus Vernetzung mit der ganzen Welt – das macht den

ländlichen Raum attraktiv und zukunftsfähig. Und das passt zu unserem Motto: Arbeit zu den Menschen bringen und nicht umgekehrt.

4. Wasser

Aus meiner Zeit als Kommunalbeamter habe ich für mein politisches Leben eines mitgenommen: Übertrage niemals eine Aufgabe an eine übergeordnete Behörde, wenn diese Aufgabe genauso gut oder sogar besser vor Ort gemacht werden kann. Das gilt gerade für Europa.

Ich will ein Europa, in dem die Menschen vor Ort ihre Dinge selbst regeln. Ich will kein Europa, das unseren Kommunen in die Trinkwasserversorgung hineinredet. Wasser ist keine beliebige Handelsware. Wasser ist unser wichtigstes Lebensmittel. Deshalb: Hände weg von unserem Wasser! Eine schleichende Privatisierung unseres Trinkwassers kommt nicht infrage.

Als Bayerischer Ministerpräsident sage ich: Unser Wasser ist bei den Verantwortlichen vor Ort in den besten Händen. Die Kommunen garantieren uns Trinkwasser in höchster Qualität und zu fairen Preisen. Die kommunalen Versorgungsunternehmen stehen für eine vorausschauende und nachhaltige Bewirtschaftung. Daran lassen wir nicht rütteln!

Wehret den Anfängen! Wir lehnen jegliche Einmischung aus Brüssel in die kommunale Daseinsvorsorge ab.

Wir wollen auch in Zukunft selbst entscheiden, wem wir unser Trinkwasser anvertrauen!

Sehr geehrte Damen und Herren Landräte, moderne Verwaltung, Energieversorgung, Digitaler Aufbruch, kommunale Daseinsvorsorge – für all diese Zukunftsaufgaben lautet meine Antwort: nicht mehr Zentralisierung, sondern das Gegenteil – Eigenverantwortung und Gestaltungsfreiheit vor Ort. Die kleinere, lokale Einheit ist schneller und effektiver. Ich bin mir sicher: Unser Weg in der kommunalen Selbstverwaltung wird ein Erfolgsmodell für Deutschland.

III. DIE STAATSREGIERUNG ALS ANWALT DER KOMMUNEN

Starke Landkreise, Bezirke und Gemeinden sind das Lebenselixier des modernen und bürgernahen Bayern.

Bei uns gilt: Was gut ist für die Kommunen, ist gut für Bayern.

1. Kommunalen Finanzausgleich

Wir stehen zum höchsten Kommunalen Finanzausgleich aller Zeiten.

Für unsere Kommunen haben wir den Kommunalen Finanzausgleich 2013 gegenüber 2012 nochmals um 568 Millionen Euro erhöht. Das ist eine Steigerungsrate von 7,8 % und damit mehr als die Steigerung des allgemeinen Haushalts – trotz ausgeglichenem Haushalt.

In diesem Jahr erhalten unsere Kommunen die Rekordsumme von 7,8 Milliarden Euro. Seit 2008 haben wir unsere Leistungen für die Kommunen um sage und schreibe 20 Prozent gesteigert!

Im Kommunalen Finanzausgleich unterstützen wir vor allem die Kommunen, die vom demografischen Wandel besonders betroffen sind:

- Wir haben den Demografiefaktor bei den Schlüsselzuweisungen auf 10 Jahre verlängert und einen Demografiezuschlag bei der Investitionspauschale eingeführt.
- Wir haben in diesem Jahr die Investitionspauschalen nochmals stark angehoben. Damit können gerade die kleinen Kommunen mit schwächerer Umlagekraft ihren Eigenanteil leichter erbringen.
- Kommunen, die sich unverschuldet in finanziellen Notlagen befinden und einen stringenten Konsolidierungskurs einschlagen, unterstützen wir darin seit 2012 durch Stabilisierungshilfen. Der Ansatz für Bedarfszuweisungen und Stabilisierungshilfen wurde 2013 um 75 Millionen Euro auf 100 Millionen Euro erhöht und damit vervierfacht.
- Außerdem können finanzschwache Kommunen, die von der demografischen Entwicklung besonders betroffen sind, einen Höchstfördersatz von 90 % [statt 80 %] bei Hochbaumaßnahmen in Anspruch nehmen.

Dazu kommt: Wir geben die Entlastungen aus der Hartz IV-Reform vollständig an die Kommunen weiter. Im Jahr 2012 waren das rund 44 Millionen Euro pro Jahr. In diesem Jahr rechnen wir sogar mit einer Entlastung von 87 Millionen Euro! Insgesamt geht fast jeder vierte Euro aus dem Gesamthaushalt in die kommunalen Haushalte.

Kein Land ist so kommunalfreundlich wie Bayern.

2. Anwalt der Kommunen im Bund

Wir sind der Anwalt unserer Kommunen im Bund! Wir haben schon viel erreicht:

- Die Kommunen werden bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlastet. Für die bayerischen Kommunen bedeutet das in diesem Jahr eine Entlastung von 300 Millionen Euro. Im Endausbau können unsere Kommunen ab 2015 jährlich mit über 450 Millionen Euro Entlastung rechnen. Das ist ein Erfolg für die Kommunen in Bayern und bundesweit.
- Die Gewerbesteuer bleibt. Dafür haben wir uns in der Gemeindefinanzkommission im Bund stark gemacht.
- Die Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser wird nach den aktuellen Beschlüssen der Bundesregierung 2013 und 2014 bundesweit um rund 1,1 Milliarden Euro aufgestockt. Davon entfallen auf Bayern nach erster Schätzung rund 165 Millionen Euro. Dafür haben wir erfolgreich im Bundesrat gekämpft.
- Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen wird in ein eigenes Gesetz überführt. In der nächsten Legislaturperiode kommt ein Bundesleistungs/teilhabegesetz mit großen Entlastungen für die Kommunen – das ist ein großer Verhandlungserfolg für Bayern!
- Außerdem haben wir in Berlin zusätzliche Mittel für die Krippenförderung [Investitionsförderung und Betriebsförderung] durchgesetzt.

Bis zum Ende des Jahres steht eine weitere wichtige Entscheidung an: Es geht um die Kompensationen für die Abschaffung von Gemeinschaftsaufgaben. Unser Verhandlungsziel ist klar: Die Entflechtungsmittel sollen gesteigert oder zumindest ungeschmälert fortgeführt werden. Hier sind wir auf einem guten Weg!
Sie können sich darauf verlassen: Die Staatsregierung steht zu unseren Kommunen – im Bund und in Europa.

3. Einsatz für Chancengleichheit in Europa

Die EU-Regionalförderung brennt gerade den Landkreisen in Ostbayern auf den Nägeln. Hier stehen vitale bayerische Interessen auf dem Spiel.

Das Fördergefälle zwischen Ostbayern und Tschechien bleibt eine große Herausforderung.

Ich sage ganz deutlich: Dieses Fördergefälle darf nicht noch weiter anwachsen – das habe ich EU-Kommissar Almunia in einem persönlichen Gespräch deutlich gemacht. Auch Kanzlerin Merkel wird unsere Forderung unterstützen.

Die bayerischen Grenzregionen müssen auch in der nächsten Förderperiode wieder als „C-Fördergebiete“ ausgewiesen werden können. Deswegen brauchen wir einen zusätzlichen Sondergebiets-Plafond für die Regionen, die an „A-Fördergebiete“ in Tschechien angrenzen. Nur so können wir einen Anstieg im Fördergefälle zu unseren Nachbarn verhindern und die Wettbewerbsverzerrungen für unsere Unternehmen zumindest teilweise ausgleichen.

Im Bayerischen Kabinett haben wir schon jetzt wichtige Zeichen für unsere ostbayerischen Regionen gesetzt: Die EFRE-Fördermittel sollen in der nächsten Förderperiode zu einem guten Teil den Grenzregionen zugutekommen.
Das Credo der Staatsregierung heißt: Politik für die Regionen ist Politik für Bayern!

IV. SOLIDARITÄT UND WETTBEWERB – DIE ZUKUNFT DES FÖDERALISMUS

Sie kämpfen als Landräte für Land und Leute und spielen als Mannschaft für bayerische Interessen.

Die Vielfalt macht stark. Die Vielfalt macht Deutschland und Europa stark.

Wettbewerb und Zusammenhalt. Leistung und Solidarität. Beides gehört zusammen.

Wir in Bayern sind aus ganzem Herzen deutsche Patrioten. Aber wir sind auch leidenschaftliche Föderalisten.

Wir stehen zur solidarischen Leistungsgemeinschaft in Deutschland. Wir haben die Kraft zu verlässlicher Solidarität mit denen, die sich nicht selbst helfen können.

Aber es muss gerecht zugehen. Der Tüchtige darf nicht bestraft werden. Die richtige Politik muss belohnt werden. Wir alle wissen: Da läuft etwas falsch. Wir haben eine kolossale Fehlsteuerung im System.

Beispiel Länderfinanzausgleich: Bayern verfügt über die solidesten Finanzen in Deutschland und in Europa. Wir haben in Bayern ein großes Ziel: schuldenfrei bis 2030. Und wir liegen voll im Plan: Wir tilgen bis 2014 über 2,5 Milliarden Euro und damit 11 Prozent unserer Schulden im allgemeinen Haushalt.

Allein mit dieser Tilgung sparen wir bis zum Jahr 2030 1,3 Milliarden Euro an Zinsen. 1,3 Milliarden Euro für die Menschen in Bayern.

Wir investieren innerhalb von zwei Jahren 11,7 Milliarden Euro. Für unsere Kinder und Enkelkinder heißt das: Zukunftschancen statt Schuldenberge! Das ist Generationengerechtigkeit auf Bairisch!

Wir in Bayern können die Wettbewerbsfähigkeit von morgen gestalten, wir können auch morgen noch die Kommunen unterstützen wie kein anderes Land, weil wir heute solide wirtschaften.

Aber wir werden für unsere Leistungen bestraft. Der Unternehmergeist unserer Mittelständler, der Fleiß unserer Handwerker und Arbeitnehmer wird nicht belohnt. Der Mehrwert wird abgeschöpft.

Bayern hat 2012 fast die Hälfte des Länderfinanzausgleichs gezahlt: rund 3,9 Milliarden Euro von insgesamt 7,9 Milliarden Euro. Wir haben allein von 2009 bis 2011 mehr in den Länderfinanzausgleich gezahlt [von 2009 bis 2011 rund 10,5 Mrd. Euro] als wir insgesamt bekommen haben – ich betone: preisbereinigt bekommen haben [seit 1950 rund. 9,8 Mrd. Euro]. In drei Jahren haben wir mehr bezahlt, als wir seit 1950 bekommen haben.

Im Doppelhaushalt 2013/2014 hat Finanzminister Markus Söder für den Länderfinanzausgleich 8,2 Milliarden Euro eingestellt, das sind knapp 10 % unseres Haushalts für andere Länder.

Was könnten wir davon alles in den Kommunen leisten? Davon könnten wir Hunderte Kilometer Straßen, Brücken, Schienen sanieren und bauen, davon könnten wir zehntausend Lehrer einstellen. Diesen Aderlass können wir vor den bayerischen Steuerzahlern nicht mehr verantworten.

Ich sage, es reicht. Wir schreiten zur Notwehr.

Wir klagen gemeinsam mit unseren hessischen Freunden beim Bundesverfassungsgericht. Wir sind solidarisch in Deutschland. Wir sind solidarisch in Europa, aber es muss gerecht zugehen. Der Tüchtige darf nicht am Ende der Dumme sein. Das ist ein Grundsatz der Sozialen Marktwirtschaft.

Deshalb fordern wir von Ländern wie Berlin die gleichen Anstrengungen, wie die Menschen in Bayern sie leisten. Wir stehen in Bayern zur Solidarität. Aber ich sage klar: Der Länderfinanzausgleich war gedacht als Hilfe zur Selbsthilfe, nicht als Dauersubvention.

Nordrhein-Westfalen macht in diesem Jahr 3,6 Milliarden Euro neue, zusätzliche Schulden, Baden-Württemberg rund 1,8 Milliarden Euro.

Zusammen sind das rund 5,4 Milliarden Euro zu Lasten unserer Kinder und Enkel – allein in diesem Jahr.

Sie reden von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit, aber sie machen das Gegenteil. Eine solche Schuldenparty könnte ich vor den Menschen in Bayern niemals verantworten.

In Bayern stimmen Wort und Tat überein. Wir setzen Standards für die generationengerechte und zukunftsfähige Politik im 21. Jahrhundert.

Wir verlangen nur das, was wir uns selbst abverlangen. Wenn andere ins Unwetter steuern und Schiffbruch erleiden, dann tragen wir nicht die Verantwortung.

Sehr geehrte Damen und Herren Landräte, am Samstag war ich auf der Meisterfeier des FC Bayern München. Der Verein war zwei Jahre nur Zweiter hinter dem BVB. Aber keiner von den Bayern hat den Kopf in den Sand gesteckt. Niemand hat gesagt: Die Meistertitel müssen am grünen Tisch gerechter verteilt werden.

Die Bayern haben die sportliche Herausforderung aus Dortmund angenommen. Alle an der Säbener Straße haben angepackt – mit überragendem Erfolg: In diesem Jahr spielt Bayern den wohl besten Vereinsfußball in ganz Europa.

Das Beispiel aus dem Fußball zeigt: kein Fortschritt ohne Wettbewerb. „Das Bessere ist der Feind des Guten.“

Unser Erfolgsrezept muss auch im Rest der Republik gelten! Nur so können wir auf den internationalen Märkten mithalten, Arbeitsplätze und Wohlstand sichern.

Für mich gibt es nur eine Konsequenz: Wir müssen mehr Kompetenzen nach Bayern zurückholen. Wir brauchen wieder mehr finanzielle Gestaltungsräume für eine gesunde Konkurrenz zwischen den Ländern.

1. Bayern-Tarif

Wir haben in Deutschland 2012 mit 600 Milliarden Euro Rekordeinnahmen gehabt. Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote wird weiter steigen. Deshalb sage ich: Man kann nicht immer noch mehr nehmen. Das ist eine Frage des Anstands. Und es ist eine Frage von sozialer Gerechtigkeit und von Leistungsgerechtigkeit in diesem Land.

Die Bayerische Staatsregierung steht für eine moderne, aktivierende Steuerpolitik. Unser Finanzminister Markus Söder hat dazu den „Bayern-Tarif“ vorgestellt.

Wir wollen die Lohn- und Einkommensteuer in drei Schritten um drei Prozent reduzieren, die Grundsteuer vereinfachen und vor allem das Erbschaftssteueraufkommen halbieren.

Wir stehen für Steuergerechtigkeit.

Und wir stehen für Leistungsgerechtigkeit.

2. Regionalisierung der Gesundheitskosten

Ich setze mich ein für eine gerechtere Finanzierung des Gesundheitswesens. Die Umverteilungsmechanismen gehen klar zu Lasten Bayerns. Jährlich fließen geschätzt mehr als 2 Milliarden Euro ab – Geld, das wir eigentlich brauchen, um unseren hohen Versorgungsstandard zu halten. Schon jetzt können die bayerischen Krankenkassen ihre Ausgaben kaum mehr aus dem Gesundheitsfonds decken. Das darf nicht zum Dauerzustand werden!

Dieser „Zweite Länderfinanzausgleich“ muss abgebaut werden!

Der Gesundheits-Fonds gehört in dieser Form abgeschafft!

Die Krankenkassen sollen wieder selbst über ihre Beitragssätze bestimmen können. Damit schaffen wir mehr Wettbewerb zwischen den Kassen.

Der Risikostrukturausgleich muss um eine regionale Komponente ergänzt werden.

So können wir regionale Unterschiede bei den Gesundheitskosten ausgleichen.

Und: Wir brauchen mehr Transparenz bei der Mittelaufteilung zwischen den Regionen. Dazu müssen wir wieder Regionaldaten erheben!

Wir brauchen faire Regeln und mehr Wettbewerb bei den Gesundheitskosten – dafür stehe ich ganz persönlich.

IV. UNSERE LANDKREISE – VERANTWORTUNG FÜR DIE ZUKUNFT AUS LIEBE ZUR HEIMAT

Sehr geehrten Damen und Herren Landräte, ich weiß seit meinen beruflichen und politischen Anfängen: Geht es den Menschen in den Landkreisen und Gemeinden gut, dann geht es Bayern gut.

Sie alle beweisen: Die kommunale Ebene ist der Kraftquell für die Bürgergesellschaft des 21. Jahrhunderts.

Verantwortung für die Zukunft aus Liebe zur Heimat – dafür stehen Sie als Landräte. Der Heimatlandkreis, der nahe Lebensraum steht für alles, was Bayern ausmacht: starker Zusammenhalt, starke Identität, starke Wurzeln als Kraftquelle für die Zukunft.

Ich danke. Ich danke für Ihren Einsatz, Ihre Ideen und auch für Ihre Kritik – die höchste Form der Loyalität zum Freistaat Bayern.

Lassen Sie uns weiter gemeinsam für eine gute Zukunft unserer Heimat Bayern arbeiten.

(Quelle: Bayerische Staatskanzlei unter <http://www.bayern.de/Reden-Staatskanzlei-.1362.10443653/index.htm>)